

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Postämtern 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,30 RM., bei Vorbestellung 2 RM. monatlich. Abgabe 10 Pf. Alle Postämter sind Träger und Geschäftsstellen. Bezugsbedingungen sind in jeder Nummer angegeben. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Vorfahrung der Zeitung oder Wahrung des Bezugspreises. — Rückzahlung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto befreit.

Anzeigenpreis: Die 4-spaltige Raumzeile 20 Wilsdr., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Wilsdr., die 3-spaltige Raumzeile 15 Wilsdr., die 3-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 30 Wilsdr. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Anzeigen werden nur in der Redaktion angenommen. Bei Abnahme von Anzeigen ist die Zahlung der Anzeigen im Voraus zu leisten. Anzeigen werden nicht zurückgegeben, wenn der Auftraggeber nicht vorher die Rückgabe angefordert hat.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 150 — 90. Jahrgang

Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Mittwoch, den 1. Juli 1931

Das isolierte Frankreich.

Nun ist zwar der 1. Juli da, aber das „Schulden-Jahr“ hat noch nicht begonnen. Alle in Betracht kommenden Staaten haben bedingungslos — einzeln mit nicht allzu vergnügter Miene — dem amerikanischen Präsidenten ihre Zustimmung gegeben; nur zwei Regierungen knüpfen Bedingungen an ihr Ja: Frankreich und Belgien. Die Brüsseler Regierung verlangt, daß unsere Sonderzahlungen aus dem belananten Marktabkommen ebenso fortgesetzt werden sollen, wie Frankreich dies für die ungezügeltsten Zahlungen fordert, — obwohl auch jene Summe, die Belgien erhält, nur ein Teil der Leistungen des „Neuen Plans“ sind, Belgien zu diesem nur seine Zustimmung gab, nachdem sich in besonderen Verhandlungen Deutschland bereit erklärt hatte, die Papiermarktbestände in den Kellern der Brüsseler Staatsbank durch eine auf 26 Jahre verteilte Zahlung „aufzuwerten“. Das war auch einer von den vielen Sonderwünschen gewesen, die man auf der ersten Haager Konferenz an den Young-Plan anlehnte und die weder daran mitgeholfen haben, daß Deutschland jetzt finanziell nicht mehr weiterkam, daß Amerika mit dem Vorschlag des Zahlungsaufschubes das zwischenfrang.

Das jetzt um die Monatswende, daß an dem Tage, da das „Schulden-Jahr“ beginnen sollte — wenn es überhaupt zustande kommt, wird man ihm eine rückwirkende Kraft geben müssen! — der Verhandlungsgaranten in Paris seßgefahren ist, geht daraus hervor: für Tage vor dem 1. Juli hatte man zwischen den amerikanischen und französischen Unterhändlern feierliche Besprechungen angefangen. Aber nicht bloß die Harinädigkeit, mit der Frankreich an seinen Forderungen über die Verwendung der von Deutschland weiterhin zu zahlenden Summen festhält, ist Ursache der politischen Isolierung der Pariser Regierung, sondern man vertritt sich dort — besonders in der Presse — immer mehr in eine rasch anschwellende antideutsche Stimmung, — als ob Deutschland etwas dafür kann, wenn Amerika und Frankreich sich nicht einigen! Das hat sein erfreuliches Vorbereitungen zu der von Dr. Brüning angelegten und in Paris auch angenommenen Zusammenkunft der deutschen und der französischen Staatsminister. Aber dieser Vorschlag Dr. Brünings wurde gleich dadurch auf die schiefe Ebene gestellt, daß der französische Ministerpräsident in und vor der Deputiertenkammer des langen und breiten auseinanderlegte, was alles er „Herrn Brüning sagen werde“. Und aus jedem Wort sprach ein: Was bekommen wir von euch Deutschen? Daß man auf solche Weise keine politische „Nipfligen“ Dinge vorbereiten, wie es eine deutsch-französische Ministerentrevue vorläufig nach ihr, mühte man in Frankreich bei gutem Willen wissen. Aber Herr Laval macht eben nichts ohne seine Deputiertenkammer!

Und da der jetzt beginnende Monat nun einmal zu einem solchen der Ministerreisen geworden ist, so sieht man abgesehen von dem Besuch Macdonalds und Hendersons in Berlin — die Komfahrt Dr. Brüning und Dr. Curtius' härter im Vordergrund als eine Reise der beiden deutschen Minister nach Paris. Die Einladung, die Mussolini nach Berlin sandte, konnte von der deutschen Regierung gern angenommen werden, auch dann, wenn man sich kaum verheben kann, daß sie nicht ganz ohne eine gewisse „Spitze“ gegen Frankreich ist. In Genf, wo sich sonst die Außenminister zu treffen pflegen, erschienen sind, hat sich Mussolini recht „rat gemacht“. Was die Abreise gegen eine allzu laut auftrumpfende Freizügigkeit, den Kampf gegen die deutsch-österreichische Freizügigkeit — der Plan ist vielleicht auch heute noch nicht ganz ausgegeben —, als wolle Mussolini seine Zustimmung zu Hoovers Vorschlag auch an einige in der gleichen Richtung stehende Bedingungen knüpfen. Er hat dieselben die Isolierung, in die sich Frankreich heute hineinmandriert hat. Gewiß geschah das nicht „um unserer schönen Augen willen“, ebensowenig wie er seine nicht gerade seltenen Reden gegen das „unter dem Druck von Versailles erhorrte Europa“ — etwa in deutschem Interesse gehalten hat. Aber hier hat es feierliche Andeutungen oder Erklärungen, keine Eindränkungen und Vorbedachte, keine Mahnungen und Proben gegeben über das, was in Rom besprochen werden soll. Italien blickt nach Mittel- und nach Südosteuropa, politisch nicht bloß, sondern auch wirtschaftlich. Deutschlands Wirtschaft drängt auch binwärts in diesen Raum; soeben ist ein Handelsvertrag mit Rumänien abgeschlossen. Dies mag Unterhaltungsstoff genug abgeben für die Ministerentrevue in Rom; nur um die Wirtschaftspolitik handelt es sich und darüber kann man sich schon eher einigen, als wenn über einer solchen Zusammenkunft das gefährliche Wort „Politik“ steht.

Der Kampf gegen Frankreichs Unnachgiebigkeit

Das starrköpfige Frankreich.

Der Gegensatz Paris—Washington.

Die Pariser Verhandlungen zwischen dem amerikanischen Schatzsekretär Mellon und den zuständigen französischen Ministern haben eine schwere Verkeisung erfahren. Um nach Möglichkeit aus der Sackgasse, in die die Besprechungen durch die Starrköpfigkeit der französischen Unterhändler gelangt sind, herauszukommen, hatte man für Dienstag eine Verhandlungspause eingelegt. Schatzsekretär Mellon erwartet neue Instruktionen aus Washington für die Besprechungen, die am Mittwoch wieder aufgenommen werden und dann bis zu einem endgültigen Ergebnis fortgesetzt werden sollten.

In Washington scheint man über die Haltung Frankreichs stark verstimmt zu sein. Diese Verstimmung geht auch aus einer Erklärung hervor, die der Unterstaatssekretär Castle nach einer längeren Besprechung mit dem Präsidenten Hoover und dem stellvertretenden Staatssekretär der Finanzen, Mills, herausgegeben hat. In dieser Erklärung heißt es:

„Alle Regierungen mit Ausnahme der französischen haben nunmehr dem Plan des Präsidenten Hoover grundsätzlich zugestimmt. Einige Schwierigkeiten entstanden, die Haltung Frankreichs mit dem Geist des Vorschlages des Präsidenten Hoover in Einklang zu bringen. Die Besprechungen des amerikanischen Botschafters in Paris, Edge, und des Staatssekretärs Mellon mit dem französischen Kabinett werden fortgesetzt.“

Diese Erklärung, zu der sich Hoover nach seinem Junggespräch mit Mellon veranlaßt sah, macht die französische Regierung in unmißverständlicher Weise für die Verletzung der ererbten Einigung verantwortlich. Sie wird in maßgebenden Kreisen dahin ausgelegt, daß Hoover die Bestimmung gegen die Unnachgiebigkeit Frankreichs aufrufen will. Die Hauptschwierigkeit liegt in der französischen Forderung, wonach Deutschland förmlich verpflichtet werden soll, die gestuldeten Beträge nach Ablauf des einjährigen Zahlungsaufschubes zurückzuführen, während Mellon verlangt, daß die Rückzahlung über 15 oder 20 Jahre verteilt wird. Die französische Regierung scheint ferner darauf zu bestehen, daß wenigstens Belgien einen Teil der ungezügeltsten Jahreszahlung erhält, was Washington, als in Widerspruch zu dem Geist des Hoover-Plans stehend, scharf ablehnt.

In der Pariser Presse wird aus anscheinend offizieller Quelle darauf hingewiesen, daß Frankreich nicht daran denke, nachzugeben. Man geht in den Pariser Mätern jetzt sogar so weit, Deutschland die Schuld dafür zuzuschreiben, daß die Verhandlungen zwischen Amerika und Frankreich nicht vorwärtkommen da sich Deutschland nach wie vor weigere, an den französisch-amerikanischen Verhandlungen sich zu beteiligen, wie es von Frankreich gern gesehen worden wäre. Die deutsche Regierung steht aber nach wie vor auf dem Standpunkt, daß eine Beteiligung an den Pariser Besprechungen für sie nicht in Frage komme, da es sich hierbei um eine politische Streitfrage handele, die allein zwischen Amerika und Frankreich ausgetragen werden müsse.

Sollten sich die Schwierigkeiten in Paris als unüberwindlich erweisen und sollte der Termin des 1. Juli, den Präsident Hoover für den Beginn des Zahlungsaufschubes in Vorschlag gebracht hat, nicht eingehalten werden, so würde sich Deutschland vor die Notwendigkeit gestellt sehen, sofort den im Young-Plan vorgesehene Antrag auf ein Transfermoratorium zu stellen. Für die Durchführung dieses Verfahrens würde die Zeit noch ausreichen, da der nächste Zahlungstermin nach dem Young-Plan der 15. Juli ist.

Laval spricht vor dem Senat.

Wie erwartet, hat der Senat mit 197 gegen 5 Stimmen bei 90 Stimmenthaltungen die Tagesordnung angenommen, für die die Regierung die Vertrauensfrage gestellt hatte.

Der Abstimmung ging eine kurze, eindeutige Erklärung Lavals voraus. Er wandte sich gegen die Behauptung, daß Frankreich mit dem Vorschlag Hoovers überfordert worden sei. Stimson habe den Vorschlag Claude vorher informiert.

Alle Länder hätten den Vorschlag Hoovers angenommen, auch Frankreich.

Mit besonderer Wärme verteidigte Laval die Haltung Amerikas, das nicht als harter Gläubiger gehandelt habe. Man dürfe indes nicht die Vorbehalte unterschätzen, die Frankreich gemacht habe. In den Verhandlungen, die morgen fortgesetzt würden, werde Frankreich seine Würde wahren. Es werde sich daran erinnern, daß es 1926 allein

seine Krise überwunden habe, die der Krise analog sei, unter der Deutschland leide. Um Überraschungen zu vermeiden, halte er es für notwendig, daß zwischen der Reichsregierung und der französischen Regierung offene Unterhaltungen stattfinden, von deren Erfolg er überzeugt sei. Andere Erklärungen könne er jetzt nicht geben. Die Regierung brauche eine starke Autorität und erwarte eine Stärkung der Autorität durch das Votum des Senats.

Italiens Verzicht auf Schuldzahlung.

Amliche Notifikation.

Die amtliche italienische Agentur meldet: Während man erwartet, daß die gegenwärtig laufenden Verhandlungen sobald als möglich ein endgültiges Abkommen zwischen den interessierten Regierungen ergeben, hat die italienische Regierung folgerichtig ihrer vollen und herzlichen Zustimmung zum Vorschlag des Präsidenten Hoover entsprechend im voraus dafür gesorgt, mit der Durchführung des amerikanischen Planes zu beginnen.

Zu diesem Zwecke hat der Außenminister nach Vereinbarung mit dem Finanzminister die Regierungen der Schuldnerstaaten Italiens davon verständigt, daß die italienische Regierung die Summen, die man ihr in Anwendung des Young-Planes und des Haager Abkommens zum 1. Juli schuldet, nicht einzufordern beabsichtigt.

Der willentose Basal.

Nur bedingte Zustimmung der Tschchoslowakei.

Die Tschchoslowakei wird vorläufig keinen formellen Standpunkt zum Hoover-Angebot einnehmen, um nicht in die schwebenden Verhandlungen einzugreifen und zwar aus Loyalität zu den durch den Vorschlag unmittelbar betroffenen Staaten, insbesondere Frankreich. Die Tschchoslowakei wird das Ergebnis der Verhandlungen mit Amerika abwarten und das getroffene Abkommen bereitwillig ohne weiteres annehmen.

Eine Aktion für Deutschland ohne Frankreich?

Washington. Im Weißen Hause wurde die übliche Pressekonferenz für heute abgesetzt. In Regierungskreisen beschränkt man sich auf die Feststellung, daß die Lage zur Zeit ernst und unbestimmt sei, da Frankreich als einziger Gläubigerstaat sich bisher weigere, an einer großzügigen internationalen Zusammenkunft teilzunehmen. Bei allem ehelichen und ernstlichen Bemühen, zu einer Verständigung mit Paris zu gelangen, sehe man hier kaum eine Möglichkeit weiteren Nachgebens, ohne den klaren Sinn des Hooverplanes über Bord zu werfen. Man lehne selbstverständlich eine amerikanische Garantie für die Heiligkeit des Youngplanes ab, und

man erkläre es für widersinnig, von Deutschland, dessen verzwiefelte finanzielle Lage überall zugegeben werde, zu erwarten, daß es den in Höhe des unausschießbaren Teiles ihm zu gewährenden Kredit in kurzer Frist zurückzahle.

Hoover besprach die Lage heute in einer längeren Kabinettsitzung, an der Castle und Mills teilnahmen, nachdem er vorher erneut mit Mellon telephoniert hatte. In parlamentarischen Kreisen umgehende Gerüchte, für die eine Bestätigung jedoch nicht zu erlangen ist, besagen:

Daß Hoover nicht nachgeben und auch Deutschland nicht im Stich lassen werde, sondern schon jetzt mit seinen amtlichen und parlamentarischen Mitarbeitern berate, wie man Deutschland nötigenfalls ohne Frankreichs Mithilfe helfen könne.

Als hilflos werden die Meldungen bezeichnet, wonach man hier eine direkte Verständigung zwischen Paris und Berlin wünsche. Man steht hier auf dem Standpunkt, daß Hoover die Rettungsaktion mit dem ganzen Gewicht seiner Stellung eingeleitet habe und sie auch durchführen werde. Es wird in parlamentarischen Kreisen die Möglichkeit erwogen, daß im Falle eines Fehlschlages der Pariser Verhandlungen Hoover Einspruch einlegen könnte, nicht nach Paris zu gehen. In der hiesigen Presse teilt man die pessimistische Auffassung der Lage nicht in diesem Maße.

Berlin zur Tributeinstellung entschlossen.

Berlin. Die Unentschiedenheit der Lage in Paris und das heftige Auseinandergehen der französisch-amerikanischen Gegenstände nötigt die politische Öffentlichkeit heute bereits, das Scheitern des gesamten Hooverplanes in Erwägung zu ziehen. Zwar hofft man immer noch, daß die Amerikaner mit ihrem großzügigen und wirtschaftlich vernünftigen Vorschlag durchdringen werden. Jedoch ist auf der anderen Seite in Paris eine derartige Verfestigung der Lage festzustellen, daß man Zweifel darüber be-

Fördert die Ortspresse